

**27. Wissenschaftlicher Kongress  
der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW)  
„Grenzen der Demokratie / Frontiers of Democracy“  
vom 25. bis 28. September 2018 an der Goethe-Universität Frankfurt am Main**

Ausschreibung von Vorträgen im Rahmen des Panels

**Koalitionen als Grenzerfahrungen für Parteien**

Veranstalter:

Eric Linhart (TU Chemnitz)

Niko Switek (Universität Duisburg-Essen)

Im bundesdeutschen Drei- und Vier-Parteiensystem waren über Jahrzehnte hinweg Koalitionen möglich, die aus einem großen und einem deutlich kleineren Partner bestanden und die in dieser Form auch von den Koalitionsparteien als wünschenswert signalisiert wurden. Dies änderte sich zunächst auch dann nicht, als die PDS im Zuge der Wiedervereinigung das Parteiensystem erweiterte. Erst 2005 verfügte erstmals seit 1949 keine „kleine“ Zwei-Parteien-Koalition über eine Mehrheit. Wenngleich infolge dieser Wahl wie auch nach der Wahl 2013 Große Koalitionen aus CDU/CSU und SPD gebildet wurden, kam es zu ersten Gesprächen zwischen Union und Bündnis '90/Die Grünen über eine mögliche gemeinsame Regierung. Nachdem die SPD im Zuge der aktuellen Wahl 2017 eine Fortführung der Großen Koalition zunächst kategorisch ausschloss, wurde lange Zeit die Jamaika-Koalition aus Union, FDP und Grünen als einzige Variante ernsthaft sondiert. Was für die Bundesebene ein Novum gewesen wäre, ist auf Länderebene nicht mehr ganz so neu. Dort gibt es bereits Erfahrungen mit Jamaika-Koalitionen (Saarland, Schleswig-Holstein), aber auch mit mehreren anderen Kombinationen, die auf Bundesebene noch nicht realisiert wurden, z.B. rot-rot-grüne Koalitionen (Thüringen, Berlin) oder Ampeln (aktuell in Rheinland-Pfalz). Solche Formate beinhalten Parteien, die programmatisch häufig weiter voneinander entfernt sind als in den oben genannten „Wunschkoalitionen“. Die zu schließenden Kompromisse beim gemeinsamen Regieren können Parteien dadurch an ihre Schmerzgrenzen bringen.

Das Panel ist offen für Beiträge, die sich mit diesen neueren Koalitionsformaten beschäftigen. Wünschenswert ist ein Fokus entweder auf die Koalitionsbildung oder auf das Regieren in Koalitionen. Methodisch ist das Panel offen sowohl für qualitative als auch für quantitative Ansätze. Auch normative Beiträge, die sich mit der Frage auseinandersetzen, inwiefern die neueren Koalitionsformate hilfreich oder schädlich sind, sind willkommen.

Der Vorstand der DVPW möchte auch jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern die Chance eröffnen, sich an den Veranstaltungen der DVPW zu beteiligen; ebenso ist erwünscht, dass mehr Frauen als bisher aktiv am Kongress teilnehmen.

Bitte senden Sie Ihren Vorschlag (Titel und Abstract mit 150 bis 250 Wörtern) bis zum **31. Januar 2018** an folgende E-Mail-Adressen der Veranstalter des Panels:

[eric.linhart@phil.tu-chemnitz.de](mailto:eric.linhart@phil.tu-chemnitz.de)

[niko.switek@uni-due.de](mailto:niko.switek@uni-due.de)